



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter/in: Elke Kessel

Wiesbaden, 27.10.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 4. November 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen
medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16.09.2021

Bereich Schule

2. 21-F-67-0018

Schülerinnen und Schülern einen sicheren Schulweg ermöglichen
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 22.09.2021 -

ANLAGE: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0470 vom 30.09.2021

3. 21-F-64-0004

Planstellen für Lehrer

-Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 25.10.2021-

Jede Wiesbadener Schule erhält einmal im Jahr eine so genannte Soll-Zuweisung, berechnet und ausgewiesen in Lehrerstunden. Deren Höhe orientiert sich an den Schülerzahlen und weiteren Bedarfen einer Schule, wie zum Beispiel besondere soziale Bedarfslagen (Landes-Sozialindex).

Das Staatliche Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden ist für die Versorgung der Wiesbadener Schulen mit entsprechenden Lehrerstellen zuständig. Dazu gibt es aus dem Kultusministerium sogenannte Planstellen.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Planstellen hat Wiesbaden für das aktuelle Schuljahr 2021/2022 erhalten?
2. Wie viele Planstellen hat Wiesbaden für das letzte Schuljahr 2020/2021 erhalten?
3. Wie wurden diese Planstellen verteilt (aufgelistet nach Schulformen und Schuljahr)?
4. Wie ist die Versorgungslage in Wiesbaden, aufgeschlüsselt nach Schulformen? Gibt es Schulformen, die überversorgt sind? Gibt es Schulformen, die unterversorgt sind? Wenn ja, was sind die Gründe dafür?

Bereich Städtepartnerschaften

4. 21-F-15-0001

"Europastadt" Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern!

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 10.05.2021 -

ANLAGE: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0462
(Beschlusspunkt 3.3) vom 30.09.2021

5. Sachstand Städtepartnerschaft USA

Bereich Kultur

6. 21-A-57-0004

Beschlussempfehlung des Kulturbeirats Nr. 004/2021 vom 26.10.2021

"Erhaltungssatzung/Milieuschutzsatzung"

Im Moment sind mehrere Orte von (sozio-) kulturellem Wert in Wiesbaden, sowohl Kneipen mit Bedeutung für ihre jeweiligen Quartiere, als auch Künstlerorte wie die Jahnstr.8 durch Vorgänge der Gentrifizierung, wie eine dramatische Mietpreisentwicklung, etc. in Gefahr.

Es stellt sich die Frage, ob die Stadt Wiesbaden vorsieht, zum Umgang mit diesen Prozessen generell eine Erhaltungssatzung oder Ähnliches einzuführen.

Vorgeschlagen ist, dass der Kulturbeirat dieses ansonsten mit einer entsprechenden Empfehlung anregt und hierzu insbesondere vorsieht, dass bei einer möglichen Einführung einer Erhaltungs- oder Milieuschutzsatzung unter allen Umständen auch die Kultur mit einbezogen werden soll.

Der Kulturbeirat empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten wie der aktuelle Planungstand der Stadt Wiesbaden zur Einführung einer Erhaltungssatzung ist.
- 2) zu erläutern ob und inwieweit Kultureinrichtungen und andere identitätsstiftende Orte durch Erhaltungssatzungen geschützt werden können.
- 3) falls Erhaltungssatzungen kein geeignetes Mittel darstellen, zu erläutern, welche Alternativen er zum Erhalt von bedrohten Kultureinrichtungen und identitätsstiftenden Orten sieht.
- 4) falls entsprechende Möglichkeiten im Rahmen einer Erhaltungssatzung bestehen, den Kulturbeirat bei der Erstellung selbiger zu beteiligen.

7. 21-F-63-0014

Zuschussantrag „Walhalla im Exil“

-Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.10.2021-

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung mit der SV 21-V-41-0021 eine Einschätzung des Kulturamtes zu den Zuschussanträgen der freien Kultureinrichtungen für die Jahre 2022/23 vorgelegt. Diese wird im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden sein. Zwischenzeitlich wurde Ende September noch ein weiterer Antrag an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung herangetragen. Bedingt durch diese Verspätung konnte keine Einschätzung des Kulturamtes vorgenommen werden. Dies sollte aus Gründen der Gleichbehandlung nun nachgeholt werden.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Einschätzung des Zuschussantrages der Kultureinrichtung „Walhalla im Exil“ für die Jahre 2022/2023 vorzunehmen und schnellstmöglich den Gremien vorzulegen.

8. 21-F-69-0006

Wiesbadens Kulturmeile entwickeln, realisieren und stärken

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.10.2021-

Die Achse vom Kulturzentrum Schlachthof im Süden bis zum Ende der Wilhelmstraße am Kureck im Norden hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer stärker zu einer „Kulturmeile“ entwickelt. Der Schlachthof, die Murnau-Stiftung, das Landesmuseum, der Nassauische Kunstverein, der Bellevuesaal, das Literaturhaus Villa Clementine, das Hessische Staatstheater sind nur die bekanntesten Kulturinstitutionen auf diese Meile. Mit dem Museum

Reinhard Ernst, dessen Eröffnung für den Herbst 2022 geplant ist, könnte diese Achse noch einmal entscheidend an Bedeutung und Strahlkraft gewinnen. Dafür müsste der Gedanke einer Kulturmeile konzeptionell jedoch ausgebaut und durch konkrete Maßnahmen realisiert werden, wie dies etwa die Stadt Frankfurt a.M. bereits seit Jahrzehnten bei der Realisierung des Museumsufers am Main vorgemacht hat.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- 1.) Inwiefern begreift die Stadt Wiesbaden bereits heute die Achse vom Kureck im Norden bis zum Kulturzentrum Schlachthof im Süden als „Kulturmeile“? Welche Konzepte oder Rahmenplanungen liegen ggf. bereits vor, die eine Stärkung bzw. Realisierung dieser Kulturmeile vorsehen?
- 2.) Welche Maßnahmen sieht die Stadt Wiesbaden vor, um das neue Museum Reinhard Ernst in die bereits imaginär bestehende Kulturmeile konzeptionell und tatsächlich einzubeziehen?
- 3.) Plant die Stadt Wiesbaden, weitere Kulturinstitutionen auf dieser Kulturmeile anzusiedeln? Erwägt die Stadt den Erwerb von weiteren Immobilien und/oder Grundstücken auf dieser Achse, um die Kulturmeile ggf. langfristig erweitern zu können?

Der Magistrat wird beauftragt:

- 1.) Wenn entsprechend I. 1.) bisher kein umfangreiches Konzept zur Entwicklung und Stärkung der Kulturmeile vorliegt, ein solches zeitnah zu entwickeln, das auch Aspekte des Kultur- und Stadtmarketings (Stichwort: Kulturmeile als „Marke“) umfasst und einen Katalog enthält, welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig ergriffen werden sollen. Anregungen aus II 2.) sollten in diese Konzeption einbezogen werden.
- 2.) Die kulturellen Anlieger an der Kulturmeile zu einem „Runden Tisch“ einzuladen, um diese besser miteinander zu vernetzen und mit ihnen Möglichkeiten zu erörtern, wie etwa durch engere Kooperationen die Kulturmeile gestärkt werden könnte. Dieser Runde Tisch sollte bei Bedarf und Interesse der Teilnehmer zu einem regelmäßigen Forum werden.
- 3.) Unabhängig von II 1.) kurz- und mittelfristige Maßnahmen zu ergreifen, um die „Lücke“ in der Kulturmeile zwischen Hauptbahnhof und Landesmuseum (Friedrich-Ebert-Allee) zu schließen bzw. zu überbrücken oder Ideen vorzulegen, wie diese langfristig geschlossen oder überbrückt werden könnte. Die Stadt soll in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem Land Hessen führen und erörtern, inwiefern das Land durch die an der Ebert-Allee gelegenen Ministerien und Ämter einen Beitrag zur Kulturmeile leisten kann.

9. 21-F-22-0023

Kunst am Bau in der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen CDU und Freie Demokraten vom 27.10.2021-

Mit der Kunst am Bau fördert die öffentliche Hand die Baukultur sowie bildende Künstlerinnen und Künstler und verschönert in vielen Fällen das Stadtbild. Derzeit werden in der Öffentlichkeit wieder verstärkt Debatten geführt, ob auch private Bauherren bei Großprojekten grundsätzlich zur Beauftragung von Kunstwerken verpflichtet werden sollen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 4. November 2021

- 1) welche Kunstwerke im Rahmen von Bauprojekten des Magistrats und der städtischen Gesellschaften in den letzten fünf Jahren angefertigt wurden.
- 2) welche städtischen Richtlinien zur Kunst am Bau existieren, insbesondere ab welchen Bauvolumina die Anfertigung von Kunst am Bau vorzusehen ist und unter welchen Umständen darauf verzichtet werden kann.

10. 21-F-15-0009

Literaturhaus muss stärker der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen
-Antrag Freie Wähler/Pro Auto vom 27.10.2021-

Wiesbaden - Das Literaturhaus ist ein Ort mit stilvollem Ambiente und versteht sich als „literarisches Zentrum Wiesbadens“. Das historische Gebäude an der Wilhelmstraße hat eine einladende Atmosphäre und sollte allein schon deshalb Autoren und talentierten Nachwuchskünstlern sowie einem diskutierfreudigem Publikum so lange und so oft wie möglich zur Verfügung stehen.

Diesen Anforderungen wird das Haus in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht gerecht, Dies gilt unabhängig von den Schwierigkeiten, die auf Corona zurückzuführen sind. Aktuell gewinnt man den Eindruck, dass sich das Haus von der Öffentlichkeit abschottet.

Um Verbesserungen und damit auch die Öffentlichkeit wieder zu erreichen, muss es Änderungen geben.

Deshalb muss der Magistrat vorbereitend Akzente setzen.

Der Ausschuss Schule Kultur und Städtepartnerschaft möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. wann ist damit zu rechnen, dass das Café in der Villa Clementine wieder eingerichtet wird.
2. warum die im Haus vorhandene Küche für dieses Café stillgelegt worden ist und warum der Hausmeister dort eine Werkstatt einrichten konnte. Wer hat diese Änderung veranlasst, die in ihrer Wirkung den Charakter des Literaturhauses als Ort der Begegnung verändert hat.
3. auf wessen Veranlassung die ursprünglich drei vorhandenen Wohnungen (für Stipendiaten) zum Teil in Büroräume umgewidmet worden sind.
4. wie viele Literaturstipendien jeweils in 2019, 2020 und 2021 vergeben wurden
5. ob es richtig ist, dass deshalb Stipendiaten in Hotelzimmer ausquartiert werden mussten und ob die Öffnungszeiten nicht erweitert werden könnten, um den eigentlichen Sinn des Literaturhauses wieder gerecht zu werden

11. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. **21-V-03-0008** **DL 41/21-2**
Integrierte Schulplanung für Bierstadt-Nord

2. **21-V-40-0001** **DL 41/21-6 NÖ, 40/21-8**
Erweiterung Ludwig-Beck-Schule - Grundsatzvorlage

3. **21-V-40-0032** **DL 42/21-3**
Förderung mobiler Luftreiniger in Schulen und Kitas - Bereitstellung der Kofinanzierung von 25
% der zuwendungsfähigen Ausgaben

4. **21-V-03-0012** **DL 42/21-1**
Nachbesetzung im Kulturbeirat

5. **21-V-41-0017** **DL 41/21-7**
Gebäude kuenstlerhaus43, Vorschlag zum Umbau

6. **21-V-41-0028** **DL 40/21-9**
Evaluation Kulturbeirat - Ergebnisbericht

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 30. September 2021

Antrags-Nr. 21-F-67-0018

Schülerinnen und Schülern einen sicheren Schulweg ermöglichen

- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 22.09.2021 -

Die Fritz-Gansberg-Schule am Moltkering, seitlich der Bierstadter Straße, ist seit ihrer Eröffnung einem ernstzunehmenden Problem ausgesetzt: Der Schulweg zur Grundschule, insbesondere die letzten Meter, stellen eine verkehrstechnische Herausforderung für die Grundschul Kinder dar, denn der Schulweg, insbesondere vor dem Schultor, ist nicht ausreichend gesichert.

Bereits 2018 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass Prüfschritte bzgl. der o.g. Situation eingeleitet werden sollen. Bei der Planung der Schule wurde auf eine mögliche Querungsproblematik hingewiesen. In der SV 17-V-40-0037 (Fritz-Gansberg-Schule Ausführungsvorlage) unter dem BP 1.6 steht „für die Sicherheit der Schulkinder zu prüfen ist, ob möglicherweise Sicherungsmaßnahmen in Form von Querungshilfen und einer Ampelanlage am Moltkering notwendig werden“ geschrieben. Diese wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 2018 angenommen (Beschluss Nr. 0007).

Im Ortsbeirat Südost wurde diese Problematik ebenfalls thematisiert (Beschluss Nr. 0050 der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats des Ortsbezirkes Wiesbaden Südost am 28. April 2021). Zwischenzeitlich gab es mehrere Gespräche zwischen Eltern und verschiedenen offiziellen Stellen der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Es ist dringend notwendig alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um die notwendigen Querungshilfen, zum Schutz der Grundschülerinnen und -schüler, zu installieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen und berichten,
 - a. weshalb bis heute keine adäquaten Sicherungsmaßnahmen für den Schulweg zur Fritz-Gansberg-Schule vorgenommen wurden;
 - b. ob noch weitere Schulen von eben dieser Problematik betroffen sind;
 - c. wie lange die Umsetzung der geprüften Maßnahmen dauern wird;
 - d. seit wann die Problematik dem zuständigen Dezernenten des Tiefbau- und Vermessungsamts und dem zuständigen Dezernenten des Schulamts bekannt ist und
 - e. wieso die detaillierte Entwurfsplanung zum Umbau des betreffenden Areals bisher nicht umgesetzt wurden.
2. die bisherigen Ergebnisse der SV 17-V-40-0037 BP 1.6 vorzustellen und schnellst möglich umzusetzen.

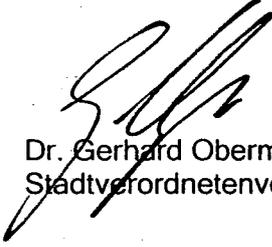
Beschluss Nr. 0470

Der Antrag wird in den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule, Kultur und Städtepartnerschaften mit
der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 05.10.2021

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung


Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 6.10.2021

Dezernat III + V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

Bck

07. Okt. 2021




Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung | Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 30. September 2021

Antrags-Nr. 21-F-15-0001

"Europastadt" Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern!
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 10.05.2021 -

Einige Städte in Deutschland tragen den Beinamen „Europastadt“, mit dem sie sich in besonderer Weise dem Gedanken der europäischen Verständigung sowie der europäischen Idee verpflichtet fühlen. Die „Europastadt“ ist kein offiziell verliehener Titel und nur auf dem ersten Blick ein symbolischer Akt; bringt er doch zum Ausdruck ihr Bekenntnis als Stadt zu Europa und seinen Werten. Der Titel ist rechtlich nicht geschützt. Die Städte verleihen ihn sich selbst durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Weitere formale Voraussetzungen sind nicht notwendig. Vergleichbare Städte wie Frankfurt/Main, Görlitz oder auch Darmstadt nennen sich „Europastadt“. Wiesbaden besitzt ausgezeichnete Grundlagen für die Aufnahme dieses Titels. Verleihung dieses Titels. Am 13. Juni 1949 hat sich im Hessischen Staatstheater die „Europäische Bewegung Deutschland“ gegründet. Einige Firmen in unserer Stadt haben ihre Europazentrale hier. Gleichfalls steuern verschiedene Verbände ihre europäischen Aktivitäten von Wiesbaden aus. Jahrelang fand hier der Europa-Dialog statt. Zu erwähnen sind auch verschiedene Veranstaltungen der Wirtschaft zu europäischen Themen. Schließlich führt die Europa-Union in Wiesbaden regelmäßig Veranstaltungen mit europäischen Themen durch.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die notwendigen Schritte für den Zusatznamen „Europastadt“ für Wiesbaden bis zur Mitte dieses Jahres einzuleiten sowie eine Sitzungsvorlage vorzubereiten.
2. Der Magistrat wird gebeten, dafür auch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Aufnahme des Titels „Europastadt“ herbeizuführen.
3. Der Magistrat forciert die städtische Koordination der europarelevanten Themen. Recherchen nach passenden EU-Fördermöglichkeiten für Projektvorhaben müssen intensiv geprüft und Non-profit-Projekte mit Europarelevanz gefördert werden.
4. Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, die zu einem besseren Verständnis von Europa und zu erhöhter Transparenz der Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene beitragen, werden verstärkt gefördert.

Ergänzungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion:

5. Das Amt der Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, eine Europafahne in dem Stadtverordnetensitzungssaal aufzustellen.
-

Beschlusses Nr. 0462 vom 30. September 2021

Änderungs- und Ergänzungsantrag der Fraktion Volt, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum Antrag Nr. 21-F-15-0001 „Europastadt Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern!“, der Fraktion FW/Pro Auto vom 10.05.2021 zur Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021

Änderung der Ziffern 1 und 2:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass sich die Stadt Wiesbaden zur „Europastadt“ erklärt und bittet den Magistrat um eine gleichlaufende Erklärung.
2. Der Magistrat wird gebeten,
 - 2.1 die Aufstellung von Hinweisschildern möglichst nahe an den Ortstafeln zu veranlassen und
 - 2.2 die Kosten für die Beschilderung zu erheben und rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligten mitzuteilen.

Ergänzung der Ziffer 3 um die folgenden Ziffern:

3.1 Konkret wird der Magistrat gebeten zunächst zu berichten wo und wie die europarelevanten Themen in den Dezernaten angesiedelt sind, wie diese in den Referaten abgearbeitet werden und ob eine Bündelung dieser Themen in einem Europareferat/Referat für Internationale Angelegenheiten als sinnvoll erachtet wird.

3.2 Ferner wird der Magistrat gebeten dem zuständigen Ausschuss über den weiteren Fortgang zum Antrag 21-F-21-0003 von Bündnis 90 Die Grünen/SPD vom 25. Februar 2021 bezüglich der Beurteilung einer Mitgliedschaft im Netzwerk EUROCITIES sowie der vorgeschlagenen Teilnahme am Newcomer-Gipfel im Mai und am Mobilitätsgipfel im Juni zu berichten.

Ziffer 4 bleibt unverändert.

Änderungsantrag von DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden zu TOP 10 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli 2021

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird um einen weiteren Punkt wie folgt ergänzt.

6. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Russland als dem größten Land Europas.

Änderungsantrag des Stadtverordneten Lukas Haker (Die Partei) zu TOP 10 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli 2021

Hiermit beantrage ich, die Beschlussvorlage um einen weiteren Punkt zu ergänzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird um einen Punkt wie folgt ergänzt:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Wolgograd.

Beschlusses Nr. 0462 vom 30. September 2021

Beschluss Nr. 0356 der Stadtverordnetenversammlung vom 15.07.2021

Die Beratung des Antrags der Fraktion FW/Pro Auto wird einschließlich der Anträge von SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt sowie von Die Linke und von Stv. Haker auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.09.2021 verschoben.

Beschluss Nr. 0462

- I. Der Antrag der Fraktion Die Linke vom 15.07.2021 wird abgelehnt.
- II. Der Antrag von Stv. Haker vom 15.07.2021 wird vom Antragsteller zurückgezogen.
- III. Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:
 1. Die Stadt Wiesbaden erklärt sich zur „Europastadt“ und bittet den Magistrat um eine gleichlautende Erklärung.
 2. Der Magistrat wird gebeten,
 - 2.1 die Aufstellung von Hinweisschildern möglichst nahe an den Ortstafeln zu veranlassen und
 - 2.2 die Kosten für die Beschilderung zu erheben und rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligten mitzuteilen.
 3.
 - 3.1 Der Magistrat forciert die städtische Koordination der europarelevanten Themen. Recherchen nach passenden EU-Fördermöglichkeiten für Projektvorhaben müssen intensiv geprüft und Non-profit-Projekte mit Europarelevanz gefördert werden.
 - 3.2 Konkret wird der Magistrat gebeten zunächst zu berichten wo und wie die europarelevanten Themen in den Dezernaten angesiedelt sind, wie diese in den Referaten abgearbeitet werden und ob eine Bündelung dieser Themen in einem Europareferat/Referat für Internationale Angelegenheiten als sinnvoll erachtet wird.
 - 3.3 Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wird beauftragt, die bestehenden Städtepartnerschaften sowie die neuen Kontakte über das Netzwerk Eurocities konzeptionell zu entwickeln und im Sinne der neuen Zusatzbezeichnung Europastadt weiterzudenken
 4. Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, die zu einem besseren Verständnis von Europa und zu erhöhter Transparenz der Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene beitragen, werden verstärkt gefördert.
 5. Das Amt der Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, eine Europafahne und die Fahne des Landes Hessen in dem Stadtverordnetensitzungssaal aufzustellen.

Beschlusses Nr. 0462 vom 30. September 2021

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
mit der Bitte um weitere Veranlassung zu Ziffer 3.3

Wiesbaden, *05*.10.2021

2. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Finanzen und Beteiligungen
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu Ziffer 2.2

3. Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, *6*.10.2021

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat III
Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister *Bde*

07. Okt. 2021

